

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 4263

SOENNECKEN

Pensum

1.64

Kgf.

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01  
Nr.: 415

XIX 0 / 13

## Die Toten von Katyn und die Wahrheit (I)

Nach dem Einfall deutscher und sowjetrussischer Truppen in Polen im September 1939 gerieten etwa 250 000 polnische Soldaten in russische Kriegsgefangenschaft. 15 000 von ihnen verschwanden — meist Offiziere. Erst vier Jahre später fand sich eine Spur von ihnen, als im Februar 1943 im Wald von Katyn westlich von Smolensk die inzwischen in Rußland einmarschierten Deutschen acht Massengräber mit polnischen Offizieren entdeckten. Die Opfer konnten möglicherweise 1941 den vorrückenden Deutschen noch lebend in die Hände gefallen sein. Sie waren mit Stricken aus Rußland

gefesselt und mit Munition aus den Gustav-Genschow-Werken in Karlsruhe-Durlach erschossen worden.

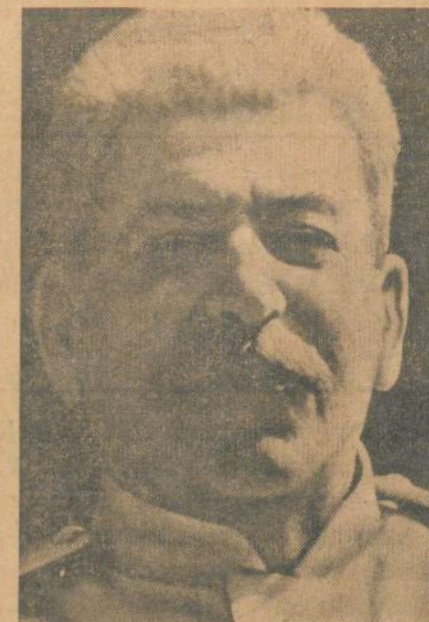
Man zählte über 4400 Leichen. Geheimdienste und Untergrundorganisationen verschiedener Länder bemühten sich um das sicher-gestellte umfangreiche Beweismaterial — teils um es zu beschaffen, teils um es zu beseitigen, während sich die Regime in Berlin und Moskau gegenseitig des Massakers beschuldigten.

Der Exilpöle J. K. Zawodny hat in seinem Buch, das der Bechtle-Verlag, München, jetzt in deutscher Übersetzung herausbringt, alles in

russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache verfügbare Aktenmaterial verwendet. Er bestätigt das Untersuchungsergebnis einer internationalen Kommission, die schon 1943 feststellte, daß die Opfer von Katyn hier auf russischem Boden ein Jahr vor Ausbruch des deutsch-russischen Krieges im Frühjahr 1940 starben. Dreißig Jahre nach der Tat fordert Zawodny unter Hinweis auf die letzten lebenden Zeugen der Vorgänge um Katyn Gerechtigkeit für ein Verbrechen, das aus politischen Gründen selbst bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg undiskutiert blieb.



NKWD-Berija



Diktator Stalin



Polen-General Sikorski

## 1940 verschwanden Polens Offiziere — eine Spur endete hinter Smolensk

Das Reich brach zusammen. Die Rote Armee befand sich in zügigem Vormarsch Richtung West durch Polen. Mit zwei Lastwagen, auf denen eine makabre, unbeschreiblich riechende Fracht verstaut war, verließen die bis dahin amtierende deutsche Leiter des Instituts für Gerichtsmedizin und Wissenschaftliche Kriminologie im „Generalgouvernement Polen“, Dr. Beck, von Krakau aus Deutschland zu erreichen. Sechzehn umfangreiche Kisten enthielten jene Dokumente, Ausweise und Papiere, die man 1943 im Wald von Katyn den erschossenen 4400 Polen aus den Uniformtaschen geschnitten hatte und mit denen bei dem erwarteten Strafgericht der Sieger bewiesen werden sollte, daß die Sowjets dies Verbrechen begangen hätten.

Niemand machte sich bei diesem Transport darüber Gedanken, daß zwei Monate nach dem Fund von Katyn die Deutschen in Warschau mit den Getto-Morden begannen. Verfolgt von polnischen Untergrundkämpfern, die über die Richtung des Transportes unterrichtet waren und ihn bis Breslau verfolgen konnten, gelangten die Kisten bis zum Bahnhof Radebeul zwischen Dresden und Meißen, wo sie der Spediteur kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee anzündete.

Die Interessenten, die davon nichts wußten, verfolgten die Spur weiter. Bereits wenige Stunden nach der Eroberung eines Gebietes durch die Sowjetarmee fand sich die Sicherheitspolizei an den Orten ein, an denen Beck Station gemacht hatte. Sein Elternhaus wurde mehrmals durchsucht, ebenso die Wohnung seiner deutschen Freunde, die er auf der Flucht aus Polen und durch Deutschland aufgesucht hatte. Unermüdlich jagten ihm die Sowjetagenten nach, um in den Besitz der Dokumente zu gelangen. Manchmal kamen sie nur ein paar Tage zu spät. Schließlich verhafteten sie sogar seine alte Mutter und hielten sie über ein halbes Jahr lang gefangen, um seine Adresse von ihr zu erpressen. Aber in der Zwischenzeit war Beck nach Westdeutschland entkommen.

Diese Aussagen machten Beck und einer der damaligen Begleiter, der Wachsoldat Karl Hermann, 1952 vor dem Katyn-Untersuchungsausschuß des US-Repräsentantenhauses. Das war die letzte Station einer unermüdlichen Katyn-Recherche, die 1941 begonnen hatte.

Als im Juni 1941 deutsche Truppen in die Sowjetunion einfielen, verbündete sich die russische Regierung mit den Gegnern des Naziregimes. Das aber bedeutete, daß sich Rußland auch wie ein Verbündeter verhalten mußte. So stellte es unter anderem die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London wieder her. Das erste offizielle diplomatische Abkommen vom 30. Juli 1941, war von General Wladyslaw Sikorski im Namen der polnischen Regierung und vom Sowjetbotschafter in Großbritannien, Maisky, unterzeichnet. Es stellte ausdrücklich fest, daß „die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939 über die territorialen Veränderungen in Polen ihre Gültigkeit verloren haben...“. Ein wichtiger Punkt des Vertrages betraf die polnischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die aus 138 Lagern in Buzul'uk gesammelt wurden, um unter dem polnischen General Wladyslaw Anders eine polnische Armee in Rußland zum Kampf gegen die Deutschen zu bilden. Anders brauchte dringend Offiziere, aber die tauchten in Buzul'uk nur sehr selten auf.

Von den vierzehn von der Sowjetarmee gefangenen polnischen Generalen kamen nur zwei, im Zustand äußerster Erschöpfung; die übrigen zwölf blieben verschollen. Von den 300

Stabsoffizieren erschienen nur sechs in Buzul'uk, von den restlichen 294 traf keinerlei Nachricht ein. Als der Zustrom schließlich versiegte und die Zählungen abgeschlossen werden konnten, zeigte sich, daß insgesamt ungefähr 15 000 Soldaten, darunter 8300 oder 8400 Offiziere, vermißt wurden.

Das besondere Interesse auf polnischer Seite erregte in diesem Zusammenhang der Bericht einer relativ kleinen Gruppe von Gefangenen aus dem Lager Grazovec, die hier auf Anordnung der sowjetischen Behörden aus den drei großen Lagern Kozelsk, Ostaschkov und Starobelsk zusammengezogen worden waren. Nachforschungen und Überprüfung dieses Berichts erbrachten, daß die vermißten 15 000 Mann bis zum Frühjahr 1940 in diesen drei Lagern gefangengehalten worden waren. Bei den sich nun formierenden polnischen Einheiten meldete sich kein einziger. Nirgends war eine Spur von ihnen zu finden, und die sowjetischen Behörden bestritten, irgend etwas von ihnen zu wissen.

Mittlerweile wußte man aber, daß die fehlenden Soldaten über Kozelsk nach Smolensk gelangt waren. Die Spur endete einige Kilometer westlich der Stadt — beim Wald von Katyn. Alle Erkundigungen blieben hier ohne Erfolg.

### Stalin: „Sie sind geflohen“

Wie der damalige polnische Botschafter in der Sowjetunion, Tadeusz Romer, bezeugte, wurden über fünfzig offizielle Anfragen über den Verbleib der Vermißten an die Sowjetregierung gerichtet, ohne daß diese irgendwelche Auskünfte erteilt hätte. Am 15. Oktober 1941 stellte General Sikorski, der Vertreter der polnischen Exilregierung, in einer Note an den sowjetischen Botschafter in London, Bogomolov, fest, daß „das Schicksal mehrerer tausend polnischer Offiziere... die in den sowjetischen Militärlagern nicht zu finden waren, noch immer ungewiß ist. Ihre Anwesenheit in den polnischen Heereslagern aber ist unbedingt erforderlich“. Einen Monat später antwortete Bogomolov, daß „alle polnischen Offiziere auf dem Territorium der UdSSR... freigelassen wurden“. Das vermochten die Polen nicht recht zu glauben und beschlossen, sich direkt an Stalin zu wenden. Am 14. November 1941 wurde der polnische Botschafter Professor Kot, Romers Vor-

gänger, von Stalin empfangen. Zentrales Thema waren die polnischen Offiziere. Stalin rief in Gegenwart seines Besuchers seinen Geheimdienst an und fragte, ob alle Polen freigelassen seien. Es befand sich bei ihm der polnische Botschafter, der ihm mitgeteilt habe, „es fehlten noch welche“. Der Mann am anderen Ende der Leitung blieb bei seiner Version. Nun beschloß General Sikorski, selbst mit Stalin zu sprechen und flog von London nach Moskau. Am 3. Dezember 1941 trafen die beiden Regierungschefs im Kreml zusammen. „Wo die Männer sind?“ sagte Stalin. „Sie sind geflohen.“ „Aber“, fragte General Anders, der ebenfalls anwesend war, „wohin konnten sie denn fliehen?“ „In die Mandschurei“, antwortete Stalin. Das war alles, was Sikorski erfuhr, nachdem er Tausende von Kilometern über feindlich besetztes Gebiet geflohen war, um nach Moskau zu kommen.

Die Auskünfte der sowjetischen führenden Persönlichkeiten waren wider-

sprüchlich und wirr. Wyschinskij zum Beispiel versicherte den Polen: „Wir haben Berichte über jeden einzelnen, ob lebendig oder tot. Ich habe versprochen, Einzelheiten zu beschaffen, und ich werde sie auch beschaffen.“ Einige Monate später beteuerte er mit derselben Festigkeit: „Bedauerlicherweise besitzen wir keine solchen Listen.“ Für eine Million in der Sowjetunion zusammengedrückte Polen standen solche Listen zur Verfügung, nicht jedoch für die 15 000 verschwundenen Gefangenen.

Diejenigen polnischen Offiziere, die sich in den russischen Lagern als besonders kommunistenfreundlich gegeben hatten, kamen als Kader einer zukünftigen polnischen Armee in Rußland nach Moskau. Ihre Zahl blieb jedoch sehr gering. Eines Tages lud Stalins oberster Geheimpolizist Berija den polnischen Oberst Berling aus diesem Kreis zu sich ein. Im Laufe des Abends erwähnte Berija seine Absicht, als erstes eine polnische Panzerdivision aufzustellen. Da fragte Berling: „Und wo sollen wir die Offiziere hernehmen? Ich hätte gern meine Offiziere aus Starobelsk und Kozelsk.“ Darauf Berija: „Wir haben einen großen Bock geschossen.“ Und zweimal wiederholte er: „Wir haben einen großen Fehler begangen; einen großen Fehler begangen.“

Zwei Wochen später kam bei ähnlichem Anlaß das Gespräch erneut auf die Vermißten. Einer der polnischen Stabsoffiziere schrieb über seine Unterhaltung mit Berijas Stellvertreter Merkulov: „Er fragte mich, ob ich mir zutraue, eine Artilleriebrigade zu kommandieren. Ja, antwortete ich und erklärte ihm, daß die Zahl der Kanonen in meinen Augen keinen großen Unterschied mache. Dann fragte ich meinerseits: Wo kommen die anderen Offiziere her, denn in Grazovec sind keine Artillerieoffiziere“, und erkundigte mich, ob wir nicht welche aus Starobelsk und Kozelsk holen könnten. Darauf antwortete Merkulov: Wir haben einen Irrtum begangen... Diese Männer sind nicht verfügbar.“

Erst zwei Jahre später wußte man, warum.

Copyright bei Bechtle-Verlag, München. Katyn — aus dem Polnischen von I. K. Zawodny, als WELT-Serie bearbeitet von Eberhard Nitschke. Copyright der Bilder by „The Polish Library“, London.



Zugeschüttet, Tännchen draufgepflanzt: Exekutionsort Katyn



Ausgraben, identifiziert: Relikte eines Offizierskorps

Foto: UPI/Magenta-Film/DIE WELT

In der nächsten Folge lesen Sie:  
Drei Kommissionen nach Smolensk

## Zwei Generale und ein Admiral nehmen Stellung zu dem Bildungsplan der Bundeswehr

# Ein schönes Konzept mit vielen Problemen

Das Rahmenkonzept für eine „Neuordnung der Ausbildung und Bildung“ in der Bundeswehr steht seit Mitte Dezember zur Diskussion. Der Bundesverteidigungsminister hat die Streitkräfte aufgefordert, über dieses Konzept zu diskutieren, um der von ihm eingesetzten Kommission kritische Anmerkungen für ihren Abschlußbericht mit den endgültigen Reformvorschlägen an die Hand zu geben.

Das Konzept, über das die WELT ausführlich berichtete und dessen auf die Offizierausbildung bezogenen Teil wir in der Ausgabe vom 20. Januar mit geringfügigen Streichungen von Nebenaspekten veröffentlichten, ist in der Tat in der Bundeswehr Gegenstand reger Debatten und vielfältiger

Kritik. Dabei steht nicht nur das Berufsbild des Soldaten zur Diskussion, an dem sich jedes berufliche Bildungs- und Ausbildungsprogramm orientieren muß, sondern auch die Frage, ob es notwendig und richtig ist, den Offizieren eine akademische oder halbakademische Fachhochschulbildung zu geben, welchen Nutzen die Truppe davon haben kann und welche Vorteile die Bundeswehr selbst daraus zieht.

Die drei Offiziere, die sich auf diesem Forum zu Wort gemeldet haben, sind nach ihrer Laufbahn und ihren Aufgaben besonders geeignet, Anregungen zu geben. Die WELT stellt dieses Thema zur Diskussion.

## Das Modell sorgt für alle Möglichkeiten

Von HERWIG COLLMANN

Zu Recht wird die Frage gestellt: Warum ist überhaupt eine Neuordnung der Ausbildung in der Bundeswehr erforderlich? Gewiß ist es den Teilstreitkräften gelungen, auch bisher trotz aller Schwierigkeiten tüchtige Soldaten auszubilden. Das beweist die Anerkennung der Bundeswehr durch ihre Partner im atlantischen Bündnis. Trotzdem wird seit langem daran gearbeitet, Bildung und Ausbildung den gegebenen Notwendigkeiten anzupassen. Eine Reform schien bisher ausgeschlossen, da Grenzen beim Personal, der Infrastruktur und den Mitteln nicht zu überwinden waren. Die Aufgaben von morgen verlangen aber mehr als nur kleine Verbesserungen des Systems.

Bedingt durch den Zeittakt der Aufstellung, mußte die Marine in der Ausbildung dort wieder anfangen, wo sie 1945 aufgehört hatte. Aber entscheidende Bedingungen hatten sich grundlegend gewandelt. Das pädagogische Prinzip, daß der Weg zum Offizier nur auf der Stufenleiter über alle Dienstgrade in einem Lehrling-Geselle-Meister-System führen könne — wie es von namhaften Wissenschaftlern Anfang der fünfziger Jahre vertreten wurde —, ist in der Marine mit aller Konsequenz nicht realisierbar. Nur dort, wo es sich um allgemeine Führungsaufgaben handelt, kann der Offizieranwärter die Aufgabe eines Unteroffiziers übernehmen.

Für das Gros der Funktionen der Unteroffiziere fehlt dem Abiturienten die handwerkliche Vorbildung. Darum hat die Marine im Laufe der Jahre die Ausbildung der Offizieranwärter immer mehr dem Akademiesystem so angenähert, wie es Zeit, Personal und Mittel zuließen. Das Ergebnis der jetzigen vierjährigen Nach-Abitur-Ausbildung wird in den USA für dort studierende deutsche Seeoffiziere mit dem Bachelor of Science gleichgesetzt. Ein deutsches ziviles „Patent“ erhält der Offizier jedoch nicht.

des Risiko. Er will Sicherheit im Beruf. Anscheinend geht ihm, der in jungen Jahren eine Familie gründet, Sicherheit vor gebotenen Aufstiegschancen. Die Kommission trägt diesem Streben Rechnung und bietet gleichzeitig mit der militärischen Ausbildung Umschülern das Erlernen eines neuen Zivilberufs an, anderen den sozialen Aufstieg im erlernten Beruf und schließlich allen die bewährte Weiterbildung durch den Berufsförderungsdienst und den dienstzeitbeendenden Unterricht an der Bundeswehrrschule. Damit wird die Sicherheit für die berufliche Zukunft der Zeitsoldaten gewiß erhöht. Und trotzdem besteht der Eindruck, daß der Status Berufssoldat die größere Anziehungskraft ausübt.

Da alle Längerdienenden zunächst als Zeitsoldaten verpflichtet werden, bietet das neue Modell auch dem zukünftigen Berufssoldaten einen anerkannten Abschluß eines Studiums, einer schulischen oder zivilberuflichen Ausbildung. Das ist neu in der deutschen Militärgeschichte und führte bereits zu geheimnisvollen Deutungen. Auf jeden Fall wird hier ein faires Angebot präsentiert. Es dient der Sicherheit des einzelnen.

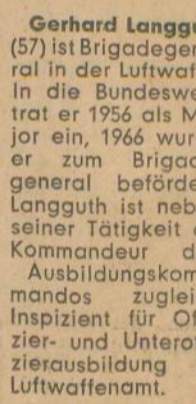
### Gleiche Vorstellungen

Er hat mehr Freiheit in der Entscheidung über einen vorzeitigen Rücktritt und in der Wahl einer beruflichen Aufgabe nach Ablauf der Dienstzeit. Die Laufbahnen werden transparent. Sie sollten auch in den Ausbildungsgängen des Unteroffiziers zum mittleren Dienst im zeitlichen Ablauf strikt so eingehalten werden, wie das heute bei der Offizierausbildung der Fall ist.

Die gesamte Aufteilung der Ausbildung des Offiziers im höheren Dienst entspricht seiner Verwendung in drei verschiedenen Ebenen. Die fünf Jahre umfassende Ausbildungsstufe mit dreijährigem Hochschulstudium, den angebotenen Fachrichtungen, dem vorgesehenen Aufbau des Studiums und mit zweijähriger militärischer Ausbildung deckt sich weitgehend mit den Vorstel-



**Herwig Collmann** (56) begann seine aktive Laufbahn in der Bundeswehr als Korvettenkapitän (1955). Collmann ist heute Flottillenadmiral, war Kommandeur der Bundeswehrrschule für Innere Führung und ist gegenwärtig Inspektor für Offizier- und Unteroffizierausbildung der Marine im Marinemuseum Wilhelmshaven.



**Gerhard Langguth** (57) ist Brigadegeneral in der Luftwaffe. In die Bundeswehr trat er 1956 als Major ein, 1966 wurde er zum Brigadegeneral befördert. Langguth ist neben seiner Tätigkeit als Kommandeur des Ausbildungskommandos zugleich Inspektor für Offizier- und Unteroffizierausbildung im Luftwaffenamt.



**Heinz Georg Lemm** (51), als Bataillonskommandeur mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet, wurde 1958 als Oberst übernommen und 1970 zum Generalmajor befördert. Lemm leitete von 1965 bis 1969 die Heeresoffizierschule III in München und übernahm 1970 die 5. Panzerdivision.

Fotos: DIE WELT

## Für dienende Offiziere ist ein Studium unmöglich

Von GERHARD LANGGUTH

Der Notwendigkeit einer Reform der Ausbildung in der Bundeswehr wird in der Luftwaffe zugestimmt. Die Zielsetzung muß sich mit den militärischen und gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung befinden, dem Auftrag, der Struktur und der Organisation der Bundeswehr gerecht werden, die sich aus der Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft und den Bündnisverpflichtungen herleiten.

Gerade die Luftwaffe hat auf dem Gebiet einer Ausbildungsreform bereits seit Jahren Vorarbeiten geleistet, die in der breiten Öffentlichkeit weithin unbekannt geblieben sind. Die Erkenntnis, daß Personalstruktur, Ausbildungsinhalte und -methoden nicht mehr den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft entsprechen, hat dazu geführt, daß der Inspektor der Luftwaffe bereits 1966 den Auftrag erteilt hat, neue Modelle zu entwickeln.

Diese Vorstellungsbilder und die Untersuchung der für eine reale Personalführung erforderlichen Personalkegel haben als Ergebnis erbracht, daß der künftige Offizier, der für mindestens 12 Jahre in der Teilstreitkraft verbleiben wird, einer Ausbildung bedarf, in die ein Studium von sechs Semestern eingeschlossen sein muß.

Für die Ausbildung der Unteroffiziere wurde deutlich, daß die zivilberufliche Anerkennung der durchlaufenen Lehrgänge mit Facharbeiter- oder Meisterprüfungen unerlässlich sein würde. Einmal soll die Ausbildung effektiver werden, zum anderen muß die Rückkehr ins Zivilleben erleichtert oder überhaupt nahtlos ermöglicht werden. Zum dritten wird damit der Beruf des Unteroffiziers attraktiver und in der Öffentlichkeit geachteter.

Die Auseinandersetzung mit dem Rahmenkonzept der Bildungskommission hat aufgezeigt, daß fast alle Empfehlungen, da sie unter Ausklammerung der realen Grundlagen wie Rechtslage, Kosten, Personalumfang und Personalstruktur und Auswirkung auf die Einsatzverbände — um nur einige aufzuzeigen — gemacht wurden, rein akademisch sind. Es muß heute mit Recht bezweifelt werden, ob sich die Verwirklichung des Konzeptes schnell — das heißt schon in den nächsten beiden Jahren — im gesamten Umfang durchführen lassen wird. Die Untersuchungen in der Luftwaffe ergeben, daß bei einer vierjährigen Ausbildung — zu der danach noch die in vielen Fällen sehr umfangreiche und lange dauernde Fachausbildung kommt — sich gleichzeitig etwa 1800 Offizieranwärter und Offiziere der Luftwaffe in einem sechssemestrigen Studium und der all-

gemeinen Ausbildung zum Offizier befinden.

Die vorgeschlagene Aneinanderreihung von abgegrenzten Ausbildungsabschnitten in der Ausbildung zum Offizier — allgemeine militärische Ausbildung, Studium, wieder militärische Ausbildung — kann nicht akzeptiert werden. Diese Art der Ausbildung ist weder effektiv noch rationell noch attraktiv. Darum wird für den Luftwaffenoffizier ein Studiengang durchgeführt werden, in dem die Fachrichtungen Maschinenbau (Luft- und Raumfahrttechnik), Elektrotechnik, Betriebswirtschaft, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft enthalten sind.

Eine dieser Fachrichtungen ist Hauptstudienfach (außer Gesellschaftswissenschaft), die anderen werden jeweils als Begleitstudien durchgeführt. Jedes Studium erfolgt luftwaffenfachbezogen, um die erforderliche Effektivität zu erzielen. In ständigem Dialog mit der Luft- und Raumfahrtindustrie wurden und werden weiterhin Ausbildungsgänge so entwickelt, daß ein nahtloser Übergang

möglich wird. Nach Ansicht der Luftwaffe kann als Ergebnis ein Offizier erwartet werden, der in der Lage ist,

- Menschen zu führen,
  - den Betrieb der Einheiten und Verbände der Luftwaffe zu leiten,
  - die Waffen- und Gerätesysteme der Luftwaffe einzusetzen,
- und der gleichzeitig befähigt ist, erworbenes Wissen und Können weiterzuvormitteln sowie in Staat und Gesellschaft seinen Platz auszufüllen. Damit werden Aufgaben der siebziger und achtziger Jahre von ihm erfüllt werden können.

Da jede Ausbildung zum Unteroffizier und zum Offizier luftwaffenfachbezogen durchgeführt werden muß, um effektiv, rationell und attraktiv zu sein, werden (Fach-)Hochschulen in der Verantwortung der Teilstreitkraft als unerlässlich angesehen. Das schließt jedoch nicht aus, daß für einzelne Studienrichtungen (zum Beispiel Sozialpädagogik) (Fach-)Hochschulen auf Bundeswehrebene denkbar und wünschenswert wären.

## Einsatzbereitschaft in Gefahr

Der Plan der Kommission, auch den bereits im Dienst befindlichen Offizieren bis zu einem noch festzulegenden Alter ein Studium zu ermöglichen, wird sich kaum verwirklichen lassen. Die Abwesenheit ganzer Offizierjahrgänge von der Truppe kann nicht hingenommen werden. Gravierende Abstriche in der Einsatzbereitschaft der Luftwaffenverbände wären die Folge. Offiziere der betreffenden Jahrgänge darf und wird aus der Tatsache, daß sie nicht die moderne Form der Ausbildung durchlaufen haben, kein Nachteil hinsichtlich Förderung und Beförderung entstehen. Der von der Kommission vorgeschlagene Weg erscheint unrealistisch. Fernstudienangebote bei voller dienstlicher Belastung versprechen nach allen bisher von der Luftwaffe gemachten Erfahrungen keinen befriedigenden Erfolg.

Ein abrupter Beginn der reformierten Ausbildung im Sinne der Kommission ohne gleitende Übergangszeit würde — wenn er überhaupt möglich wäre — den Einheiten und Verbänden unüberbrückbare Lücken im Unterführer- und Führerpersonal bringen. Sie könnten wahrscheinlich nur durch die Auflösung oder Zusammenlegung von Dienststellen geschlossen werden. In der Luftwaffe ist eine Übergangszeit von vier bis fünf Jahren als Minimum in die Planungen eingearbeitet worden. Die dabei weiterhin vorgesehenen, die Reform begleitenden Personal- und Ausbildungsmaßnahmen lassen eine nur wenig höhere Belastung der Verbände als heute erwarten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bei aller kritischen Auseinandersetzung mit dem Rahmenkonzept der Kommission Ellwein die grundsätzliche Zielsetzung der Bildungskommission richtig ist. Das haben — wie anfangs betont — nicht nur die Untersuchungen in der Luftwaffe, sondern auch vergleichende Analysen mit Ausbildungsgängen verbündeter Streitkräfte ergeben. Bei zumindest fast allen westeuropäischen Staaten, den USA und in Kanada hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die früher manchmal erhobene Forderung, der Soldat habe nur militärischer Fachmann zu sein, den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Die Reform, und auch darin stimmt die Luftwaffe mit der Kommission überein, darf sich nicht mit halben Maßnahmen begnügen, die wiederum nur zu einer unter Umständen gefährlichen Halbbildung führen würden.

Es wäre aber falsch, die als richtig erkannten Ziele durch übereilte und nicht auf bisher gewonnene Erfahrungen aufbauende Maßnahmen erreichen zu wollen. Dieser Eindruck entsteht zwangsläufig für jeden, der sich mit gutem Willen aber auch mit kritischem Verstand und Kenntnis der Gegebenheiten mit der Empfehlung beschäftigt.

Dem Beginn der Reform im ganzen Umfang kann unter den vorstehend gemachten Einschränkungen erst zugestimmt werden, wenn nach sorgfältiger Planung die Bedürfnisse der Luftwaffe zur Erfüllung ihres Auftrages berücksichtigt worden sind.

## Erst Gruppenführer, dann Spezialisten

Von HEINZ GEORG LEMM

zivilberuflich gleichermaßen nutzbare Ausbildung den Übergang und weiteren

bildung und wissenschaftlicher Weiterbildung erkennbar wird.

So kann nicht allein der Soldat darüber diskutieren, sondern Kultus- und

## Katyn und die Wahrheit (II)

# Drei Kommissionen nach Smolensk, um zu graben — auf Hitlers Rechnung

Die Entdeckung der Massengräber im Wald von Katyn mit mindestens 4400 durch Genickschuß umgebrachten polnischen Offizieren im Februar 1943 lieferte der Propaganda-Maschine des „Dritten Reiches“ einen günstigen Vorwand, von der Massenvernichtung der Juden im Osten abzulenken. Eine internationale Experten-Kommission durfte anreisen und exhumieren. Die unbequeme Frage nach der deutschen Munition, die für die Erschießungen verwendet worden war, konnte mit dem Hinweis beantwortet werden, daß gerade diese Produktion 1939 nach Polen und in die UdSSR ausgeführt worden war.

Am 13. April 1943 versuchten die Deutschen, durch eine gezielte Propagandasendung das Bündnis der Alliierten zu sprengen. Sie verkündeten der Welt, daß die Sowjets polnische Offiziere umgebracht hatten. Nach ihrer Darstellung sah es so aus, als hätten die Russen nahezu das halbe Offizierkorps ihres Bündnispartners ermordet.

Zwei Tage später, am 15. April 1943, antworteten die Sowjets. Über sämtliche Massenmedien verbreiteten sie die Feststellung ihres Nachrichtendienstes, daß „polnische Kriegsgefangene, die 1941 zu Bauarbeiten westlich von Smolensk eingesetzt waren und...den deutschfaschistischen Henkern in die Hände fielen...“ in der Folge exekutiert worden seien.

Der Wald von Katyn hatte bis 1917 der Familie Lednicki gehört und wurde dann der sowjetischen Staatspolizei unterstellt. In den dreißiger Jahren entstand hier ein Erholungsheim für deren Beamte — das gleiche Gebäude, das vom Einmarsch der Deutschen an Truppenteilen als Kommandozentrale diente. Sofort nach Entdeckung der Gräber rückte deutsche Feldgendarmarie an und übernahm das Kommando.

Der Umstand, daß deutsche Munition verwendet worden war, veranlaßte die Regierung in Berlin, neben einer „unabhängigen internationalen Kommission“ noch eine besondere Kommission des Polnischen Roten Kreuzes und einen

deutschen gerichtsmedizinischen Sonderausschuß einzuladen. Himmler und Goebbels setzten alle Hebel in Bewegung, um der sowjetischen Regierung die Schuld zuzuschieben und so die Kluft zwischen der polnischen Exilregierung in London und dem Sowjetregime zu vertiefen.

### Gelehrte aus ganz Europa

In der internationalen Kommission waren außer Deutschland zwölf Länder vertreten. Die Mitglieder setzten sich aus bekannten Gelehrten und namhaften Spezialisten der Gerichtsmedizin zusammen. Es besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß diese Männer pronazistisch eingestellt gewesen oder unter Druck gesetzt worden wären, an der Untersuchung teilzunehmen. Folgende Länder waren in der internationalen Kommission vertreten: Belgien: Dr. Speleers von der Universität Gent; Bulgarien: Dr. Markov von der Universität Sofia; Dänemark: Dr. Tramsen vom Medizinischen Institut Kopenhagen; Finnland: Dr. Saxen von der Universität Helsinki; Italien: Dr. Palmieri von der Universität Neapel; Kroatien: Dr. Miloslavich von der Universität Agram (Zagreb); Niederlande: Dr. de Burtel von der Universität Groningen; Tschechoslowakei: Dr. Subik von der Universität Bratislava (Preßburg); Rumänien: Dr. Birkle vom Kriminologisch-Medizinischen Institut Bukarest; Schweiz: Dr. Naville von der Universität Genf; Ungarn: Dr. Orsos von der

Universität Budapest und Frankreich; Dr. Costedoat, verantwortlich für Gesundheitswesen in der Vichy-Regierung. Den Vorsitz führte der von seinen Kollegen gewählte Dr. Orsos.

Am 28. April 1943 traf die Kommission in Katyn ein. Die Deutschen sorgten für das nötige Hilfspersonal. Die Mitglieder der Kommission durften sich völlig frei bewegen und jede beliebige Leiche zur Autopsie aussuchen. Sie öffneten neun von den Deutschen unberührte Leichen, untersuchten 982 bereits exhumierte Leichen, befragten in der Nachbarschaft wohnende Sowjetbürger und faßten schließlich die Ergebnisse ihrer Arbeit in einem medizinischen Bericht zusammen.

Ungefähr zur selben Zeit führte mit Erlaubnis der Deutschen ein neun- (später zwölf-)köpfiges Ärzteteam des Polnischen Roten Kreuzes aus dem besetzten Polen unabhängige Untersuchungen an Ort und Stelle durch. Die Ergebnisse, zu denen dieses Team kam, sind aus zwei Gründen besonders wichtig. Erstens waren seine Mitglieder, da sie schon drei Jahre lang unter deutscher Besatzung gelebt hatten, äußerst mißtrauisch, was die Anteilnahme der Deutschen am Schicksal der Polen betraf. Und zweitens befanden sich, wovon weder die Deutschen noch die anderen Angehörigen der Gruppe selber etwas ahnten, unter dem Team auch Mitglieder der polnischen Untergrundbewegung. Diese sollten womöglich die Mörder feststellen und alles, was sie her-

ausfinden konnten, über ihre Geheimsender an die polnische Exilregierung in London weitergeben.

Alle Polen weigerten sich standhaft, irgend etwas zu unternehmen, was die Deutschen zu Propagandazwecken hätten auszunutzen können, so im Radio zu sprechen oder etwas gegen die Sowjets zu sagen. Auch die Aufforderung der deutschen Behörden, eine Vortragstour über Katyn durch die polnischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland zu machen, lehnten die polnischen Delegierten ab. Dies war möglicherweise der Grund, warum die Deutschen dann Abordnungen polnischer und alliierter Kriegsgefangener mit dem Flugzeug nach Katyn transportierten.

### Tote in zwölf Schichten

Die Berichte der verschiedenen Expertengruppen stimmten in den wesentlichen Punkten überein. Im Wald von Katyn wurden — in einer Tiefe von zwei bis 3,50 Metern — acht Massengräber gefunden. Die Toten waren fast durchweg nach demselben System beerdigt. Sie lagen mit dem Gesicht nach unten — die Hände gefesselt, die Beine ausgestreckt — in zehn oder zwölf Schichten übereinander. Die Männer waren ausnahmslos durch einen, manchmal auch zwei Schüsse in den Hinterkopf getötet worden; in einem Fall war der Schädel durch drei Schüsse zertrümmert. Die Kugel war in der Regel über dem Nacken ein- und zwischen Nase und

Haaransatz ausgetreten. Daneben fand man zwei Einzelgräber mit voll uniformierten, auf dieselbe Weise erschossenen polnischen Generälen. Die Analyse der Uniformen mittels Infrarotstrahlen unter dem Mikroskop ergab, daß die Schüsse aus einem gegen den aufgestellten Kragen des Wintermantels oder direkt gegen den Hinterkopf gepreßten Revolver abgegeben worden waren.

Für die aus dem Grab Nr. 5 exhumierten Leichen war bezeichnend, daß allen die Hände auf dem Rücken mit einem weißen Strick in einem Doppelknoten zusammengebunden waren. Außerdem hatte man ihnen den Wintermantel über den Kopf gezogen, in Höhe des Halses mit derselben Art Strick befestigt und manchmal noch durch einen zweiten Knoten am Kopf festgehalten. Von dem Knoten im Nacken, einem einfachen Knoten, war der Strick über den Rücken heruntergeführt, um die gefesselten Hände geschlungen und dann wieder im Nacken festgemacht. Auf diese Weise waren die Hände der Opfer bis zu den Schulterblättern hinaufgezogen. Die dergestalt Gefesselten konnten sich nicht wehren, denn mit jeder Bewegung muß sich die Schlinge um ihren Hals fester gezogen haben.

Bajonettstiche in den Körpern anderer Opfer wiesen darauf hin, daß es dennoch vielfach zur Gegenwehr bei den Exekutionen gekommen sein muß. So wies die als Leutnant Stefan Mejster identifizierte Leiche Nr. 378 mehrere



Präparat: Typische Ausschüsse



Obduktion im Wald: Professoren Palmieri/Italien, Naville/Schweiz

solche Stiche auf. Sie stammten von vierkantigen Bajonetten, wie sie damals ausschließlich in der Sowjetarmee üblich gewesen waren. Die Identifizierung machte kaum Schwierigkeiten. Man fand in Sowjetlagern ausgestellte Typhus-Impfscheine, Ausweise, Tagebücher, Briefe und Erkennungsmarken. Die bei den Exhumierungen anwesenden Polen beglaubigten die Echtheit der Dokumente und bestätigten, daß sie nicht vor ihrer Ankunft in die Gräber geschmuggelt sein konnten. Die Uniformfaschen der Opfer mußten häufig, um an die Dokumente zu gelangen, mit scharfen Messern aufgeschlitzt werden. Außer den Papieren fand man bei den Leichen oft sowjetische Tageszeitungen.

Die drei Kommissionen gelangten auf Grund ihrer Funde übereinstimmend zu dem Schluß, daß die Männer rund drei Jahre vor der Exhumierung, also ungefähr im Frühling 1940, das heißt über ein Jahr vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, umgebracht und begraben worden waren. Zu diesem Zeitpunkt aber unterstand das Gebiet den Sowjets und der Wald selbst der Gerichtsbarkeit des NKWD.

Copyright bei Bechtle-Verlag, München. Katyn — aus dem Polnischen von I. K. Zawodny, als WELT-Serie bearbeitet von Eberhard Nitschke. Copyright der Bilder by „The Polish Library“, London.

In der nächsten Folge lesen Sie:  
Die Exilpolen wandten sich vergebens an das Rote Kreuz

Stellungnahme des spanischen Außenministeriums

# Madrid für Privilegienabbau bei künftigem Konkordat

Von unserem Korrespondenten

Gö. Madrid, 7. Februar

Die spanische Regierung und der Vatikan nehmen in Kürze formelle Verhandlungen über ein neues Konkordat auf. Befürchtungen, daß das zuletzt 1953 festgelegte Verhältnis Staat — Kirche unverändert beibehalten wird, versuchte das Madrider Außenministerium am Wochenende zu zerstreuen.

Durch das neue Konkordat sollen nach der offiziellen Mitteilung jene Privilegien abgebaut werden, die bisher auf beiden Seiten bestanden. Die Informationsabteilung des Außenministeriums bezog sich dabei ausdrücklich auf eine Revision der wirtschaftlichen Situation der Kirche — sie wird in Spanien vom Staat finanziert — und das System der Ernennung von Bischöfen. Die Ernennung, bei der bisher ein Vorschlags- und Bestätigungsrecht des spanischen Staatsoberhauptes bestand, soll künftig nach der in den Konkordaten mit anderen Staaten festgelegten Praxis erfolgen.

Ende dieser Woche tritt die spanische Bischofskonferenz zusammen. Ihre Ansicht will der Vatikan vor dem Beginn der Konkordatsverhandlungen hören. Bestimmend für die augenblickliche Situation ist nach wie vor jene Unruhe in Madrid, die die Publikation eines offiziellen Arbeitspapiers über das neue Konkordat vor einer Woche ausgelöst und das Außenministerium jetzt zu

einer Stellungnahme genötigt hatte. Dieses schon 1969 zwischen Kurienkardinal Casaroli und dem spanischen Botschafter am Vatikan, Garrigues, ausgearbeitete Dokument sieht keinerlei Privilegienabbau vor. Mit seiner Veröffentlichung über die Falange-Agentur „Pyresa“ demonstrierten ultrakonservative Kreise in Staat und Kirche ihren Willen, an der bestehenden engen Bindung beider Institutionen festzuhalten.

Das katholische Bekenntnis soll diesem ersten Arbeitspapier zufolge die „Religion der spanischen Nation“ bleiben und „die Vorrechte genießen, die ihm zustehen, ohne die Unabhängigkeit des Staates und die zivile Freiheit in religiöser Materie zu beeinträchtigen“. Bei der Ernennung von Bischöfen hat die Kirche ihre Auswahl vorher der Regierung mitzuteilen. Ist diese nicht einverstanden, haben beide Seiten „Formeln auszuarbeiten, die zum gegenseitigen Einverständnis führen“. Die Ehe soll eine Angelegenheit des kanonischen Rechts bleiben; ihre Nichtigerklärung ist nur über die Kirche möglich. Das zivile Gericht soll lediglich bei der kanonisch gewährten Trennung, die aber keine Wiederverheiratung zuläßt, neue Befugnisse erhalten... Die Aufsicht der Kirche über alles, was an Schulen und Universitäten gelehrt wird, soll bestehenbleiben. An Stelle des katholischen Religionsunterrichts können Eltern nichtkatholischer Kinder für eine (nicht näher definierte) „Lehre der natürlichen Moral“ optieren, nicht aber für den Unterricht in ihrer eigenen Religion.

In einem zweiten Papier, das die Falange-Zeitung „Arriba“ am Wochenende auszugsweise veröffentlichte, wird die verfassungsmäßige Bindung zwischen Staat und Kirche nicht mehr erwähnt. Spanien wird also „aufhören, ein katholischer Staat zu sein“.



Ein Londoner Wahrzeichen ist in Gefahr

Teile der St.-Paul's-Kathedrale, des gewaltigen Kuppelbaus von Sir Christopher Wren in der Londoner City, drohen einzustürzen. Premierminister Edward Heath und Baroness Spencer Churchill (unser Bild) trafen sich bei einem Essen, das Lord Mayor Sir Peter Studd am Wochenende gab, um einem Spendenaufruf für die Kathedrale die gebührende Publizität zu verleihen. Rund 26 Millionen Mark sind erforderlich. „Wir müssen sofort handeln“, sagte

Martin Sullivan, Dechant der Kathedrale. „Wenn die Arbeiten nicht sofort beginnen, wird die ganze Vorderfront der Kathedrale einstürzen.“ Lady Churchill liegt diese Kirche besonders am Herzen. In St. Paul's fand 1965 die große Trauerfeier für ihren Mann, Sir Winston Churchill, statt. Schon vor dem offiziellen Spendenaufruf hatten Freunde des 1708 fertiggestellten Gotteshauses 4,4 Millionen Mark eingezahlt. Funkbild: AP

## Schiller appelliert an Unternehmer und Gewerkschaften

Kiel/Bonn, 7. Februar (AP-UPI)

Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat an die Verantwortlichen in der Bundesrepublik appelliert, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität beizutragen.

An die Adresse der Gewerkschaften gerichtet, betonte Schiller in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, daß die großen Lohnsteigerungen des Jahres 1970 nicht mehr zu wiederholen seien. Derartige exzessive Lohnforderungen würden wiederum die Preise zusätzlich nach oben drücken. Die Bevölkerung ist nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministers mehr für den von der Bundesregierung verfolgten Stabilitätskurs. Deshalb müßten Unternehmer und Tarifvertragspartner zu „realistischen Preis- und Lohnvorstellungen“ gelangen.

Nach den Worten von Bundesfinanz-

## Holland: Gemäßigte Sozialdemokraten setzen sich durch

## Alliierter Vorstoß nach Laos ist geplant und jederzeit möglich

### STICHWORT

#### Weltraumfabrik

Mit vier Experimenten während ihres Rückflugs zur Erde sollen die Apollo-14-Astronauten zum erstenmal Geräte und Verfahren in der Schwerelosigkeit erproben, die für eine spätere Fertigung im Weltraum von Interesse sind. Damit gehen die USA auf einem Weg weiter, den die sowjetischen Kosmonauten beim Flug von Sojus 7 und Sojus 8 im Oktober 1969 mit ihren Schweißversuchen eingeschlagen hatten.

Die amerikanische Drei-Mann-Station Skylab, die 1973 auf eine Erdumlaufbahn geschossen werden soll, wird die jetzt begonnenen Versuche fortsetzen. Auf lange Sicht hoffen die Ingenieure, in Weltraumfabriken Fertigungsprozesse vornehmen zu können, die unter Schwerkraft und Atmosphäre der Erdoberfläche nicht möglich sind.

Die größte Bedeutung unter den vier Experimenten kommt deswegen den Gußversuchen zu. 18 verschiedene Materialmischungen mit niedrigem Schmelzpunkt werden etwa fünf Minuten lang auf 72 Grad Celsius er-

hitzt, dann — zur besseren Verteilung der Partikel — geschüttelt und abgekühlt. Nach der Rückkehr des Raumschiffes wollen die Wissenschaftler an Hand der Proben prüfen, welche Materialmischungen sich zur Produktion besonderer Werkstücke unter Weltraumbedingungen eignen.

Den Bau künftiger Tankstellen im Weltraum bereitet ein Versuch vor, bei dem Zwischenwände in den Tanks die Energie der in der Schwerelosigkeit schwappenden Flüssigkeit dämpfen. Wärmeführung und -fluß, wie sie bei bestimmten Produktionsprozessen wichtig sein können, werden in einem dritten Experiment untersucht.

Schließlich erproben die Apollo-14-Astronauten an Hämoglobin, einer organischen Farbstoffmischung, und Desoxyribonukleinsäure (DNS), dem Träger der Erbinformation, biologische Trennverfahren, die große Eiweißkörper mit Hilfe der Elektrophorese auch unter Weltraumbedingungen aufspalten können. Damit sollen die Voraussetzungen für die Arbeit eines medizinisch-biologischen Labors an Bord einer Raumstation untersucht werden. Klaus Müller

## Die Mehrheit wünscht eine Reform des Krankenhauswesens

Hamburg, 7. Februar (DW)

Eine Reform des Krankenhauswesens und des Steuersystems hält die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik für vordringlich gegenüber anderen Projekten der inneren Reform. Das hat eine Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergeben.

Eine Änderung der Scheidungsgesetze rangiert in der Prioritätenliste der Befragten ganz hinten. Jeweils knapp zwei Fünftel, so ermittelten die Allensbacher Meinungsforscher, befürworten eine Reform des Strafrechts, der Krankenkassen und der Hochschulen.

Von rund jedem vierten werden genannt: die Verwaltungsreform, Reform des Gesetzes über Zulassung von Arzneimitteln, Reform der Lehrlingsausbildung, Reform der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung und eine Reform der Bundeswehr.

Jeder fünfte der Befragten schließlich hält die Länderneuordnung oder die Reform des Ehescheidungsrechts für vordringlich.

### Reformstreben und Schulbildung

Die Umfrage ergab ferner, daß das Reformstreben der jungen Generation

## Bundestag richtet kein Ehrengericht für Abgeordnete ein

St. Bonn, 7. Februar

Der Bundestag wird kein Ehrengericht für Abgeordnete einrichten, voraussichtlich aber eine Ehrenordnung erlassen, mit der die Parlamentarier verpflichtet werden, ihre Geldquellen und beruflichen Bindungen an Interessengruppen in Industrie und Wirtschaft offenzulegen.

Mit dieser Neuerung, die in der vergangenen Woche im Präsidium des Bundestages erörtert worden ist, haben sich nun die Fraktionen zu befassen. Das Präsidium selbst kann in dieser Frage, die durch die Abwerbungsaffäre um den FDP-Abgeordneten Karl Geldner angestoßen worden war, nicht entscheiden.

Nach den Vorstellungen des Bundestagspräsidiums sollen alle Abgeordneten ihre finanziellen Abhängigkeiten schriftlich dem Präsidenten gegenüber anzeigen. Falls die Geldquellen bedenklich erscheinen, soll der Präsident das Recht haben, die Vizepräsidenten zu informieren, die Fraktionen zu warnen oder im äußersten Fall die Öffentlichkeit zu unterrichten.

Gegen ein solches Ordnungsverfahren bestehen allerdings in allen Fraktionen auch erhebliche Bedenken, weil die Abgrenzung der Privatsphäre eines Abgeordneten nicht gesichert erscheint. Führung einer

Die Toten von Katyn und die Wahrheit (III)

# Die Exilpolen wandten sich vergebens an das Rote Kreuz

Am 15. April 1943 um 19 Uhr forderte der polnische General Anders, der in Rußland mit seinen Landsleuten Truppen zum Kampf gegen die Deutschen neu aufgestellt hatte, mit einem Telegramm an die in London residierende polnische Exilregierung auf, in der „Angelegenheit Katyn“ bei den Sowjets zu intervenieren. Anders hatte zu dieser Zeit die gesamten polnischen Streitkräfte aus der UdSSR bereits in den Nahen Osten verlegt, von wo aus sie später nach der Invasion in Italien beim Kampf gegen die Deutschen eingesetzt wurden.

In dem Telegramm hieß es, man solle „eine offizielle Erklärung von den Sowjets verlangen, zumal unsere Soldaten überzeugt sind, daß der in der UdSSR verbliebene Rest unseres Volkes ebenfalls ausgerottet wird“.

**Hitler im Verdacht**

Während sich die Soldaten um ihre Angehörigen in der Sowjetunion Sorgen machten, brachte die polnischsprachige Presse in London ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß sich „diese schrecklichen, von der deutschen Propaganda ausgestreuten Nachrichten wieder einmal, wie schon so oft in der Vergangenheit, als Lügen erweisen“. Am selben Tag, dem 15. April 1943, faßte die polnische Exilregierung in einer geschlossenen Sitzung den Beschluß, an das Internationale Rote Kreuz in Genf zu appellieren, den Fall unparteiisch zu untersuchen. Am nächsten Tag berichtete der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ über diesen Beschluß, der noch am selben Abend von Reuters Internationaler Nachrichten-

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ließ man die Affäre Katyn vom Tisch verschwinden, und sie wurde auch in Polen nie wieder aufgerollt: in verschiedenen beteiligten Ländern erinnerte man sich, daß Katyn in einer entscheidenden Phase des Krieges einen Keil zwischen die Sowjets und ihre Alliierten trieb.

agentur (Globeteuter) veröffentlicht wurde. Am 17. April, also einen Tag später, brachte der polnische Verteidigungsminister ein Kommuniqué heraus, in dem er noch einmal das ganze Problem und die Umstände, unter denen die polnischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion verschwunden waren, darlegte und der Öffentlichkeit den Entschluß, an das Internationale Rote Kreuz zu appellieren, mitteilte.

Doch der Umstand, daß ein Berichterstatter noch vor der offiziellen Bekanntgabe von diesem Vorhaben Kenntnis erhalten hatte, sollte für die polnische Exilregierung fatale diplomatische Folgen zeitigen. Als am 17. April um 16.30 Uhr ein Vertreter des polnischen Roten Kreuzes in Genf bei einem Beamten des Internationalen Roten Kreuzes namens Reuter vorsprach, um das Ansuchen der polnischen Regierung zu übermitteln, erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß knapp eine Stunde vor ihm der deutsche Delegierte mit demselben Anliegen erschienen war. Nach außen mußte ein solches Zusammentreffen den Eindruck einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit erwecken — für die Sowjetregierung ein gefundenes Fressen.

In Wirklichkeit hatten die Polen mit der deutschen Regierung nicht kollaboriert. Goebbels hatte Hitler über die Mel-

derung der Reuter-Agentur ins Bild gesetzt. Beide begriffen, daß das Vorhaben der polnischen Regierung ihnen eine Gelegenheit bot, die Polen in Verlegenheit zu bringen und die Sowjetregierung zu einer heftigen Reaktion hinzuweisen. Hitler gab Anweisungen, dem Internationalen Roten Kreuz „sofort“ eine zweite Einladung zugehen zu lassen. Die erste hatten die Deutschen am 15. April 1943 telegrafisch geschickt und bereits zwei Tage vor dem Besuch des polnischen Vertreters beim Internationalen Roten Kreuz in Genf eine Antwort erhalten. Die zweite deutsche Einladung nun sollte zeitlich mit der polnischen zusammentreffen.

Die so gebastelte Bombe zündete am 19. April. Unter der Überschrift: „Hitlers polnische Kollaborateure“ beschuldigte die Moskauer Zeitung „Prawda“ die Polen der „eindeutigen, direkten Unterstützung der Nazi-Provokateure“. Den Hauptbeweis für die Zusammenarbeit lieferte dabei die Tatsache, daß Deutsche wie Polen am gleichen Tage in Genf vorgesprochen hatten. Das war für die Polen, die dem Alliierten Oberkommando über eine halbe Million Soldaten unterstellt hatten und seit 1939 im Untergrund und an allen Fronten kämpften (in Frankreich, Norwegen, mit den Briten, in Afrika, Italien), ein harter Schlag.

Am 21. April schickte Stalin an Premierminister Churchill eine „persönliche geheime“ Botschaft, in der die deutschen und polnischen Anklagen als „unzweifelbarer Beweis für den Kontakt und das heimliche Einverständnis zwischen Hitler und der polnischen Sikorski-Regierung in London“ gewertet wurden. Die diplomatischen Beziehungen der Russen mit den Polen im Exil wurden abgebrochen. Der polnischen Presse in England wurden Äußerungen gegen die Sowjets verboten, außerdem empfahl Churchill Sikorski, keine weiteren Erkundigungen über die vermif-

ten Offiziere einzuziehen. „Wenn sie tot sind“, sagte er, „kann sie Ihnen niemand zurückbringen.“

Unter dem Druck der Briten zogen die Polen ihr Gesuch an das Internationale Rote Kreuz zurück. Befriedigt notierte Goebbels in seinem Tagebuch, daß die Mitglieder der Sikorski-Regierung von Briten und Amerikaner so behandelt wurden, „als ob sie Feinde wären“.

Aus Ribbentrops Auswärtigem Amt erging eine geheime Order, nach der im Ausland unter größter Geheimhaltung der deutschen Quelle auszustreuen sei, die Engländer hätten die Polen „auf die berühmte Idee gebracht, in Genf wegen Katyn zu intervenieren“. Nun war die Verwirrung vollkommen.

**Der Nebel lichtet sich**

Ein Beispiel dafür wie die vereinbarte Presseberichterstatterung über Katyn nach einer Außenministerkonferenz der Briten, Amerikaner und Sowjets. In der russischen und USA-Version sprach man über Katyn als die Stätte, wo die Deutschen italienische Offiziere töteten. Die „Times“ allerdings schrieb korrekterweise von polnischen Offizieren, um 17 Tage später durch das britische Außenministerium zurückgepfiffen zu werden: mit andern Worten, sie berichteten nun durch einen Übermittlungsfehler sei von polnischen statt italienischen Offizieren gesprochen worden...

Die Wahrheit über die polnischen Gefangenen in Sowjetgefangenschaft wurde unter solchen Umständen erst sehr viel später bekannt. Die Überlebenden wurden von General Anders' Sonderbüro und nach ihrer Evakuierung aus der Sowjetunion auch von den polnischen Behörden im Exil vorgeladen und befragt. Diejenigen, die 1951 in England, Frankreich oder den Vereinigten Staaten lebten, sagten außerdem vor dem Untersuchungsausschuß des US-Kongresses aus. Dank all dieser Aussagen läßt sich das Leben der polnischen Gefangenen in den sowjetischen Lagern bis in Einzelheiten rekonstruieren. Sogar der Abtransport ist uns aus der Schilderung der Überlebenden, die vielfach das Lager als letzte verließen, bekannt.

**Das NKWD indoktrinierte vergebens**

Und über den Transport selbst und die Ankunft am Ort der Exekution berichten die Tagebücher der Gefangenen in Kozelsk. So schauerlich diese Einzelheiten auch sind, sie erhellen, welche Motive möglicherweise hinter dem Mord standen.

Nach ihrer Gefangennahme im Herbst 1939 wurden die 250 000 polnischen Gefangenen teils auf sowjetisch besetztem polnischem Gebiet, teils in der Sowjetunion in etwa 138 Lagern interniert. Im Anschluß wurden die Offiziere ausgedient und in zwei Lagern — Kozelsk und Starobelsk — gesammelt. Nachdem alle Gefangenen einzeln verhört und durchsucht worden waren, wurden die Mitglieder des polnischen Geheimdienstes, der Militärpolizei, des Grenzschutzes und selbst die im sowjetisch besetzten Gebiet gefangenengenommenen Ortspolizisten von den anderen getrennt und nach Ostaschkov verlegt.

In einem entscheidenden Punkt waren diese drei Lager anders als die übrigen: Die Lagerverwaltung und -bewachung lag in der Hand der gefürchteten NKWD-Sicherheitspolizei, nicht der Armee. Täglich führten die NKWD-Offiziere neue Verhöre durch; damit verbanden sie gleichzeitig in allen drei Lagern sorgfältig geplante Indoktrinierungsversuche, die die Offiziere und Mannschaften zu Kommunisten bekehren sollten.

Diese Versuche schlugen im großen und ganzen fehl. Die Polen mit ihrem

Korpsgeist, ihrer „Offizierslehre“ und ihrem stark ausgeprägten Pflichtbewußtsein bissen nicht an; ja, der Angriff von außen stärkte ihr Zusammengehörigkeitsgefühl noch. Sie hielten an den Pflichten und Rechten der verschiedenen Ränge fest und sorgten nach wie vor für Disziplin. Die soziale und militärische Ordnung brach nicht nur nicht zusammen, sondern ging aus alledem gefestigt hervor. Die Polen weigerten sich, sich offen zur kommunistischen Lehre zu bekennen; aber sie nahmen sie auch nicht insgeheim an, wenn sie den NKWD-Leuten allein gegenüberstanden. Sie sprachen von „Ehre“, von einem „unabhängigen Polen“, von den „Prinzipien des Westens“. Sie waren stolz darauf, als erste „nein“ zu Hitler gesagt zu haben; stolz darauf, daß Warschau, wie eine Burg im Mittelalter, noch zwei Wochen weiter gekämpft hatte, nachdem schon ganz Polen von deutschen und sowjetischen Truppen besetzt war.

**Die letzte Reise**

Im März 1940 schlossen die NKWD-Offiziere die Verhöre ab. Sie hatten die Polen nicht überzeugen und bekehren können; nur 448 hielten sie für unter Umständen brauchbar. Im April 1941 wurde das Gerücht ausgestreut, die Gefangenen sollten entlassen werden.

Da zu dieser Zeit der deutsch-sowjetische Pakt noch in Kraft war, nahmen die Polen an, zu ihren Angehörigen in der von den Sowjets, aber auch in der von den Deutschen besetzten Zone zurückkehren zu dürfen. Das NKWD nährte diese Hoffnung noch. Hier und da ließ ein Offizier eine vorsichtige Andeutung fallen: „Sie kommen Richtung Heimat, Richtung Westen.“ Und tatsächlich liegt der Wald von Katyn westlich von Kozelsk... Nur ein paar Gefangene fühlten sich unbehaglich, beunruhigt. Aber sie kamen nicht zu Wort, die anderen waren zu begeistert. Sie sollten nach Hause kommen, das NKWD hatte es gesagt.

Kaum hatte das Gerücht die Runde gemacht, wurde schon die Zusammensetzung des ersten Transports bekanntgegeben. Eines Morgens früh erschien ein NKWD-Mann in den Baracken und verlas die Namen. Die Männer traten an, gaben alles zurück, was sie von der Lagerverwaltung erhalten hatten und wurden dann in ein anderes Gebäude geführt, wo ihre Besitztümer einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen wurden. Danach durften sie mit ihren zurückbleibenden Mitgefangenen nicht mehr in Verbindung treten, bis sie in geschlossenen Lastwagen zur nächsten Bahnstation geschafft wurden. Manchmal mußten die Männer die zwölf Kilometer von Kozelsk zum Bahnhof auch zu Fuß marschieren. Solche Transporte wurden von bewaffneten NKWD-Leuten, die auch Hunde mitführten, streng bewacht. Angesichts der groben Behandlung und der Hunde keimte in manchen Offizieren ein Verdacht über den Bestimmungsort auf. Waren solche Sicherheitsvorkehrungen wirklich nötig, wenn es doch nach Hause ging?

Copyright bei Bechtle-Verlag, München  
Katyn — aus dem Polnischen von I. K. Zwodny, als WELT-Serie bearbeitet von Eberhard Nitschke. Copyright der Bilder bei „The Polish Library“, London.

In der nächsten Folge lesen Sie:  
**Wer dem NKWD widerstand,  
erhielt den Genickschuß**



# Alle warten auf Ihre Initiative.

Die Schlosser, die Dreher, die Fräser. Die Schweißer. Die Werkzeugmacher. Die Angelernten. Die Ungelernten. Die...

Ja, auch Ingenieure. Diplom-Ingenieure. Techniker jeden Grades. Organisationsfachleute. Nur einer fehlt.

Sie. Der Mann, der das Startzeichen gibt. Starten können Sie Ihre Zweitfabrik in Nord-Irland — mitten im Efta-Markt — binnen weniger Monate. Bezugsfertige Fabriken gegen Niedrigpacht oder gar 5 Jahre pachtfrei.

Seit einem Jahrzehnt produzieren deutsche Unternehmer erfolgreich in Nord-Irland und sind befriedigt über die gute Arbeitsmoral. Bester Beweis: Der Arbeitsfriede in diesen Betrieben wurde gewahrt. Sprechen Sie selbst mit deutschen Betriebsleitern in Nord-Irland!

Nehmen Sie die gesetzlich verbrieften Subventionen für Ihre Zweigfabrik in Anspruch! Hohe Subventionen — die höchsten, die Sie dort überhaupt bekommen können. Gelder, die nicht zurückgezahlt zu werden brauchen.



Europas Entwicklungsland Nr. 1

Auskünfte/Prospekte/Referenzen  
Industrial Development Division Ministry of Commerce • 21 Linenhall Street  
Belfast BT2 8BY/Nord-Irland • Tel.: 0 04 42 32-3 44 88  
E. B. Richter • Vertreter der Regierung von Nord-Irland für  
Industriensiedlungen  
7000 Stuttgart 70 (Plieningen) • Windhalmweg 17 • Tel.: 0711-25 47 45



Die Schulterstücke weisen den Toten als Major (Brigade Pilsudski) aus



Die Handfesseln waren häufig tief in das Fleisch eingeschnitten; die Offiziere haben sich gewehrt



# Wenn Sie erst laufen müssen, bevor Sie abheben können, fehlt etwas.



Das Telefon klingelt. Sie sind da. Aber nicht dort, wo es klingelt. Also laufen Sie. Tagein, tagaus zum Telefon! Typisch. Weil Sie nur eins haben. Und weil eins zu wenig ist.



Sie brauchen das Überalltelefon: Ein „privates Telefonnetz“ mit 2, 3 oder mehr Apparaten. Telefonverbindung und -vermittlung von Raum zu Raum: Ferngespräche, Ortsgespräche, Hausgespräche. Sie wählen, wo Sie sind. Heben ab, wo Sie sind. Viel Komfort für wenig Geld! Das ist das Überalltelefon. Kaufen oder mieten. Ohne Probleme: Lieferung, Einbau und Wartung komplett von Siemens.

So einfach ist das also. Man muß es nur wissen. Und zwar möglichst genau. Deshalb: Ab mit dem Coupon!

An Siemens Aktiengesellschaft  
8000 München 47 / Postfach 31

# Das Überalltelefon von Siemens.

Jetzt möchte ich es ganz genau wissen. Senden Sie alle Informationen zum Thema Überalltelefon an:

Name

Leitzahl/Ort

Straße/Nr.

## Diskussion mit der WELT:

### Friedenspolitik ohne Alternative?

Das Forum der WELT stellte das Thema „Vollendung oder Zerstörung des Adenauerschen Werkes“ im Zusammenhang mit der Frage „Appeasement — ja oder nein?“ zur Diskussion. Es äußerten hierzu zwei bekannte Journalisten in Bonn ihre Meinung: Roland Delcour, der scheidende Korrespondent der französischen Zeitung „Le Monde“: „Anerkennung der DDR ist unvermeidbar“ und Alfred Wolfmann, der Korrespondent der israelischen Zeitung „Yedioth Achronoth“: „Harte Schläge für Israel“ (12.12.). Siehe hierzu Leserbriefe „Appeasement aus zweierlei Sicht“ (29. 12.) und „Bonner Ostpolitik erfüllt mit Besorgnis“, „In zehn Jahren keinen Schritt weiter“ (11. Januar).

Appeasement — nein. Das ist die Antwort auf die von der WELT gestellte Frage, die die Geschichte selbst gibt. Nur sind ihre Lehren nie ganz eindeutig. So kann die Bundesregierung, den naheliegenden Vorwurf der Beschwichtigung und des Nachgebens weit von sich weisend, behaupten, daß sie eine echte Friedenspolitik betreibt, „für die es keine Alternative gibt“. Was es hiermit auf sich hat, vermag nur eine Analyse zu erweisen.

Als der Moskauer Vertrag abgeschlossen wurde, rühmten beide Seiten das auffällig veränderte „Klima“. Förderhin, so erklärte ein amtlicher Sprecher, werde es nicht mehr möglich sein, uns des „Revanchismus“ zu zeihen. Aber es dauerte nicht viel länger als ein Vierteljahr, da brachte das ZK der SED diese bewußte Diffamation wieder aufs kommunalistische Tapet. Jetzt, nach dem unterschriebenen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete, sind wir deshalb „Revanchisten“, weil die Bundesregierung den „zweiten deutschen Staat“ noch nicht völkerrechtlich anerkannt hat, was als eine Verletzung des „Geistes von Moskau“ bezeichnet wird.

Die sogenannte friedliche Koexistenz, die heute im Mittelpunkt steht, ist nicht etwa, wie der normale Mensch glaubt (und auf derartigen Frustrationen baute schon der Faschismus seine Taktik auf), mit dem Prinzip „Leben und leben lassen“ gleichzusetzen. Sie ist im Gegenteil, wie das III. Parteiprogramm der KPdSU definiert, nichts weiter als eine „spezifische Form des Klassenkampfes“, wobei das Spezifikum in einer Sonderbehandlung des militärisch unangreifbaren Westens besteht. Während in Ost und Süd die „Befreiungskriege“ unterhalb der Atomschwelle unentwegt weitergehen, wird der Wirtschaft der freien Welt im Sinne der Leninschen Stricktheorie großzügig gestattet, zur Beseitigung der Dauerengpässe der Planwirtschaften beizutragen, damit der Kommunismus auf diese Weise „den Wettbewerb mit dem Kapitalismus gewinnen“ kann. An eine

wirkliche Normalisierung oder gar Versöhnung ist nicht im entferntesten gedacht. Auch dies bekundet das Parteiprogramm, indem es die sogenannte „ideologische Koexistenz“, das ist die wahre Lösung, als strafwürdige „Abweichung“ brandmarkt.

Unter diesen maßgebenden Gesichtspunkten, die das Problem der Probleme bilden, erscheint unsere Ostpolitik, die die verfassungsmäßig dekretierte Wiedervereinigung zum „Prinzip Hoffnung“ degradiert hat, als höchst fragwürdig. Daran vermögen auch die gemischte-befälligen Äußerungen unserer Verbündeten nichts zu ändern.

Andererseits ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß unsere Verbündeten in bezug auf die deutsche Lösung „Wandel durch Annäherung“ mittels Gebietsverzichts der gleichen Täuschung wie wir unterliegen, die sich auch ohne näheres Zusehen als einfacher Denkfehler nachweisen läßt. Da nämlich die Grenzen nicht die Ursachen, sondern erst die Folgen der weiterbestehenden sowjetideologischen Spannungen sind, kann logischerweise eine Legalisierung der Gewalt auch nicht zu einer Entspannung führen. Deshalb müssen die Ostverträge, die den Rahmen des Grundgesetzes sprengen und ebendarum zu ihrer Ratifikation einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfen, abgelehnt werden.

Was aber geschieht dann? Vermutlich nichts, jedenfalls nichts, was wir nicht auch bisher schon an Widrigkeiten zu ertragen hatten und im Schutz unseres Verteidigungsbündnisses zu tragen vermöchten. Indes könnte sich die „Stunde der Wahrheit“, die dann schlägt — und das ist die Alternative —, sehr wohl als geeignet erweisen, die Westmächte sowie auch die Bundesrepublik Deutschland aufzurütteln, sie aus ihrer gegenseitigen Isolierung und Autarkisierung herauszuführen und zur Einigkeit des Handelns in diesem weltweiten Kampf um Recht und Freiheit zu veranlassen.

Dr. Julius Gumpert, 1 Berlin

## Zwei Seiten des Appeasements

Der Franzose Roland Delcour sieht zwar die Ostpolitik der Bundesregierung Brandt nicht nur als positiv an für Frankreich, sondern vor allem auch als vorteilhaft für die BRD und sogar für Deutschland als Ganzes, als natürliche Ergänzung, ja als logische Folge der Politik der früheren Bundeskanzler, vor allem der von Konrad Adenauer, hält aber die Anerkennung des kommunistischen deutschen Staates durch die Bundesrepublik nicht nur de facto, sondern schließlich auch de jure für unerlässlich.

Die De-jure-Anerkennung der „DDR“ durch die BRD ist aber so lange nicht möglich, wie der Viermächtestatus für ganz Berlin gilt und West-Berlin unter dem symbolischen Schutz der drei Westalliierten steht.

Alfred Wolfmann bewertet die Ostpolitik der Bundesregierung völlig gegensätzlich und insofern gänzlich unzutreffend, als er die Ostpolitik als Variante der Appeasement-Politik eines Daladier und Chamberlain gegenüber Hitler bezeichnet. Die BRD ist heute ein nicht entfernt ebenbürtiger Kontrahent gegenüber der Weltmacht UdSSR und daher ausschließlich darauf angewiesen, die Beziehungen zur UdSSR und ihren Ostblockstaaten auf Grund von Verträgen, die zwischen vertragstreuen Partnern abgeschlossen werden, zu normalisieren. Insofern bedeutet die Ostpolitik der Bundesregierung Brandt nicht Zerstörung, sondern vielmehr und gerade Vollendung des Adenauerschen Werkes.

Walter Stuckhardt, Dipl.-Ing., 1 Berlin

Als die Sozialdemokratie zum ersten Male die Chance bekam, dem Sozialismus, dieser großen, tragenden Idee unseres Jahrhunderts, zum Durchbruch zu verhelfen, bemühten sich seine die Nationalsozialisten und errangen damit makabre Erfolge.

So blieb es ihr in der Weimarer Republik versagt, die große, alle Schichten des zerrissenen deutschen Volkes einigende Partei zu werden. Inzwischen ist sie eine der großen, staatstragenden Parteien der zweiten deutschen Republik geworden. Aber wiederum scheint es ihr versagt, die Mehrheit des Volkes auf gemeinschaftlicher, geistiger Grundlage hinter sich zu bringen.

Sie, die ihre geistigen Wurzeln in den bahnbrechenden Prinzipien der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hat, droht nun zum Erfüllungshelfen der mächtigsten Diktatur, die Europa je gekannt hat, zu werden; einer Diktatur, die den übriggebliebenen Teil des freiheitlichen Abendlandes und seine Kultur endgültig zu „liquidieren“ droht. Eine überhastete Politik des Appeasement unter Ausschaltung des Volkssouveräns anerkennt die Aneignung eines Viertels unseres Vaterlandes gegenüber spätimperialistischen Zwangssystemen.

Die Sozialdemokratie ist im Begriff, ihre historische Chance, das deutsche Volk aus veralteten gesellschaftlichen und geistigen Strukturen in eine fortschrittliche Zukunft zu führen, zu verspielen. Ein Hauch von Tragik ist um diese Partei.

Udo Wetter, 8 München

## „Der russische Bär hat seidenweiche Tatzen“

Hinsichtlich der Ostpolitik der letzten Wochen kam mir ein Erlebnis von 1945 in die Erinnerung: Als ich im Juni 1945 westlich der Elbe in amerikanischer Internierung in einem Lazarett lag, kam das Gerücht auf, die Russen würden am 1. Juli über die Elbe nach Westen vorrücken. Ein junger litauischer Hauptmann, der ebenfalls als Verwundeter in diesem Lazarett lag, begann sogleich fieberhaft seine wenigen Sachen zu packen, um rechtzeitig davonkommen zu können. Als ich ihm sagte, so schnell würden uns die Russen doch nicht gleich alle verschleppen und umbringen können, erwiderte er:

„Der russische Bär hat seidenweiche Tatzen. Wenn er einen anfaßt, fühlt es sich zunächst harmlos und scheinbar angenehm an. Aber dann drückt er ganz langsam zu, dämmt die Luft ab, und zuletzt bricht er einem das Rückgrat durch. Wir haben es im Sommer 1940 so in Litauen erlebt.“

Dieses Bild dürfte auch auf politische Umarmungen mit der Sowjetunion von heute zutreffen. Die praktische Alternative zu den umstrittenen Verträgen: für die nächsten dreißig Jahre den gefährlichen Nachbarn im Osten mit fester innerer Haltung zu ertragen, ohne die Nerven zu verlieren und ohne vor ihm zu Kreuze zu kriechen. Wer die Russen im Umgang kennengelernt hat, weiß seit langem, daß man mit ihm am besten nebeneinanderleben kann, wenn man ihm gegenüber eine unerschütterlich sichere Haltung bewahrt und Handel mit ihm treibt, ohne durch Versöhnungsversuche und -verträge das Nebeneinander verbessern zu wollen.

Adolf Reinicke, 4802 Halle (Westf.)

## Keine Anfälligkeit für Rechtsparolen

Der von Major Dietrich Genschel, Bonn, in seiner Zuschrift „Anfällig für Rechtsparolen“ (WELT vom 21. 1.) beschworene Anfälligkeit der Bundeswehr sei das Ergebnis einer Untersuchung bei der Landtagswahl 1970 in Hessen entgegengestellt.

In einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Rainer Barzel, stellt Bundesverteidigungsminister Schmidt fest, die Auswertung der Landtagswahl habe ergeben, daß in zwölf repräsentativen Garnisonstädten der NPD-Stimmenanteil unter dem jeweiligen Wahlkreis-Durchschnitt und auch unter dem NPD-Landesdurchschnitt läge. Der Minister betont, daß damit der gelegentlichen Propaganda- Behauptung, die Bundeswehr sei besonders NPD-anfällig, offensichtlich jede Grundlage fehle.

Herr Genschel täte gut daran, diese Feststellung zu berücksichtigen, um nicht mit Verallgemeinerungen und Unterstellungen dazu beizutragen, daß die Diskussion in der Bundeswehr um das Konzept der Bildungskommission in eine einseitige Richtung gelenkt wird.

Eberhard Fuhr, Major i. G., 7488 Stetten a. K. M.

Bisher entsprach es gutem soldatischem Stil, sich mit negativen Behauptungen über Kameraden und die eigene Institution zurückzuhalten. Major Genschel hat dieses Element der Tradition aufgegeben. Manchem Zeitgenossen mögen seine „progressiven“ Töne gut eingehen. Ich halte den Inhalt der Zuschrift für geeignet, das Bild über die Bundeswehr erneut ins Zwielicht zu rücken und damit zu verzerren.

Ernst Peters, Major, 69 Heidelberg



## Die Toten von Katyn und die Wahrheit (Schluß)

# Wer dem NKWD widerstand, erhielt den Genickschuß

Mit Musik und Jubelgeschrei marschierten die Polen, die im April 1940 nach Katyn verlegt wurden, in den Tod. Nur die wenigsten machten sich Gedanken darüber, warum ihre sowjetischen Bewacher auch jetzt, wo es doch endlich wieder in die Heimat gehen sollte, so besonders aufmerksam waren.

Mit den ersten Transporten, die die drei Lager Kozelsk, Starobelsk und Ostashkov verließen, wurden die Generale abgeschoben, die auf Grund ihres Ranges und ihres Prestiges die Hauptstützen der Ordnung im Lager und die wichtigsten Träger der Sozialstruktur waren. Zum Abschied gaben ihnen die Offiziere das „Ehrengeleit“. Sie bildeten ein langes Spalier und brachen, als die Generale durchschritten, in Jubelgeschrei und Hochrufe aus. Selbst die NKWD-Männer bereiteten ihnen, wie einer der Überlebenden berichtete, eine „regelrechte Ovation“. Und die Lagerverwaltung zeigte sich so versöhnlich und gastfreundlich, den Scheidenden ein besonders gutes Essen zuzubilligen. Für unterwegs erhielten sie außerdem Brot und jeder drei Heringe, alles in weißes Papier eingewickelt — für Lagerbegriffe ein unerhörter Luxus, denn gewöhnlich gab es weißes Papier ebenso wenig wie Sekt in Sing-Sing. Kurz, für die Scheidenden war nichts zu gut, solange sie sich auf dem Lagergelände und in Sichtweite der zurückbleibenden Offiziere befanden.

In Starobelsk spielte eine Militärkapelle sogar aufmunternde Abschiedswesen. Im selben Augenblick jedoch, in dem sich hinter dem Transport die Tore schlossen, wurden andere Saiten aufgezogen. Das NKWD dachte nicht mehr daran, die Männer aufzumuntern; jetzt ging es nur noch um Sicherheitsvorkehrungen und Fluchtverhinderung.

Die Transporte umfaßten zwischen 150 und 360 Mann. Die Zurückgebliebenen versuchten herauszufinden, nach welchem Schema sie zusammengestellt wurden, aber offensichtlich gab es keines. Zwar wurden die Generale mit einer der ersten Gruppen weggeschafft, aber sonst spielten Alter, Rang, Beruf und Regimentszugehörigkeit allem Anschein nach keine Rolle. Die Auswahl wurde rein willkürlich getroffen; lediglich Offiziere mit Führungsqualitäten wurden gleich am Anfang weggebracht, so zum Beispiel Hauptmann Bychowicz, ein tüchtiger Infanterieoffizier, der sich im Kampf gegen die deutschen Truppen bewährt hatte. Seine Leiche (Nr. 4106) wurde in den Gräbern von Katyn gefunden. Selbst Brüder mußten sich trennen, so die Machleyds und die Jarozyńskis im Lager Starobelsk. Nur in

einem Fall wurde eine Ausnahme gemacht und die Bitte von Vater und Sohn, „miteinander heim“-geschickt zu werden, von der Lagerverwaltung gewährt. Sonst hieß es in Starobelsk, wenn die Offiziere versuchten, zu einem anderen Transport zu kommen: „Sie sehen sich sowieso alle bald wieder.“

Und wenn schon alles gelogen war — wenigstens das sollte sich auf traurigste Weise bewahrheiten: vor den Massengräbern von Katyn begegneten sich alle wieder.

Was geschah nun mit den polnischen Gefangenen, die dem Tod in Katyn entgingen? Sie kamen im Juni 1940 in das Lager Grazovec. Begleitet wurden sie von den Politoffizieren, die schon in Kozelsk, Starobelsk und Ostashkov bei ihnen gewesen waren, so daß die Verhöre, allerdings in einer veränderten Atmosphäre, fortgeführt werden konnten. Lagerverwaltung wie verhörende Offiziere schlugen einen väterlichen, verständnisvollen Ton an, streckten den Gefangenen gewissermaßen hilfreich die Hand entgegen.

Die Erwartung, Post von zu Hause zu erhalten, hob die Stimmung der Gefangenen beträchtlich. Verboten war allerdings, Namen von Mitgefangenen zu erwähnen und den Namen des Lagers zu nennen; statt dessen war als Absender anzugeben: „Postfach 11/c-12, Moskau, UdSSR“.

Schließlich trafen die ersten Briefe aus dem von Deutschen und dem von den Sowjets besetzten Polen ein. Sie hatten eins gemeinsam: besorgte Fragen nach anderen Gefangenen aus Kozelsk, Ostashkov und Starobelsk, denn diese hatten seit Anfang Frühjahr nicht mehr geschrieben. Was war geschehen?

Statt Auskünfte darüber zu geben, nahm man die Polen politisch in die Mangel. Die Anfangsgründe der Gehirnwäsche bei Kriegsgefangenen hat das NKWD an den Polen erlernt. An ihnen hat sich gezeigt, daß die Indoktrinierung einer solchen Gruppe äußerst schwierig ist und ein Eingehen auf das kulturelle Umfeld erfordert.

Bei den Polen selbst freilich schlug der Indoktrinierungsversuch im großen und ganzen kläglich fehl. Teils vielleicht wegen ihrer kulturellen Eigenheiten (die sie nicht eben sonderlich empfänglich für die kommunistische Propaganda machten), teils vielleicht auch, weil

das NKWD das Problem zunächst „intellektuell“ anging. Solange aber der „Kampf um den Geist“ durch einen Ideenaustausch ausgetragen wurde, war es den Polen ein Leichtes, standzuhalten; ja, die Ungeschicklichkeit der NKWD-Leute bei Streitgesprächen und ihre Unfähigkeit, die Gefangenen in ihrer Überzeugung zu erschüttern, festigten sogar die polnische Position.

Noch eine andere Lehre hat das NKWD anscheinend aus dem Fall Katyn und dem Umstand gezogen, daß noch heute am Untersuchungsbericht herumgedoktert werden muß; die Erkenntnis, daß sich Massenexekutionen, da sie sich auf die Dauer schwerlich geheimhalten lassen und später stets die Gefahr der Entdeckung droht, nicht empfehlen. Jedenfalls hat es, soweit man weiß, für die deutschen oder die japanischen Gefangenen kein „Katyn“ gegeben.

Man ging viel geschickter vor, und die „Bekehrung“ deutscher Kriegsgefangener machte unter solchen Umständen denn auch bessere Fortschritte.

In Grazovec aber fiel es den Russen außerordentlich schwer, auch nur etwa 50 polnische Offiziere zu finden, die sich zu kommunistischen Schulungsgruppen in einem „Roten Winkel“ zusammenfan-

## Die „Faschisten“ haben überlebt

Von den 448 Gefangenen, die die Russen aus den 15 000 als potentielle kommunistische Führer einer zukünftigen „polnischen Roten Armee“ ausgesucht hatten, weigerten sich die meisten nicht nur, mitzumachen, sondern versuchten außerdem, den eifrigen 50 aus dem Roten Winkel ihren Kommunismus auszutreiben.

Das Hauptbüro des NKWD in Moskau, mit dem mageren Ergebnis wohl unzufrieden, schickte eine Sonderkommission nach Grazovec, die die Gründe für den Mißerfolg untersuchen sollte. Sie deckte, wie später bekanntgegeben wurde, eine aus „Faschisten“ zusammengesetzte antisowjetische Geheimorganisation auf und ließ, gewissermaßen als Beweis für diese Behauptung, am 21. Juli 1941 10 Offiziere festnehmen und fortschaffen. (Diese Männer überlebten die Gefängnisstrafe, zu der sie verurteilt worden waren, und wurden



Die viereckigen Massengräber lagen teilweise dicht beieinander

den, während 30 Polen plötzlich entdeckten, daß sie eigentlich Deutsche seien und sich bemühten, in ihrer neuen Muttersprache zu reden. Zwölf von ihnen wurden auf Intervention des deutschen Botschafters in der UdSSR freigelassen, die restlichen 18 waren den Deutschen wohl nicht deutsch genug.

Die Männer im Lager waren früher Freunde gewesen, jetzt kam es zu Faustkämpfen, bei denen die „Roten“ schwer geschlagen wurden. Die „Deutschen“ kamen in eine mißliche Lage, als der deutsch-russische Krieg ausbrach. Einer von ihnen erhängte sich, die anderen sollen angeblich vom NKWD in ein Arbeitslager im Norden der UdSSR gebracht worden sein.

nach dem Sikorski-Maisky-Abkommen freigelassen, worauf sie sich General Anders' Armee in Rußland anschlossen.) Aber obwohl nun die „Organisation“ offiziell aufgelöst war, meldeten sich auch weiterhin keine Freiwilligen zur Roten Armee. Verdrossen fuhr die Kommission nach Moskau zurück. Die Verhöre wurden eingestellt, es gab wenig zu essen.

Man erinnerte sich der Haltung der Bewacher in den früheren Lagern, so in Kozelsk, wo man den polnischen Oberstleutnant Chalczinski mit folgendem Urteil belegte: „Der ehemalige Oberstleutnant Chalczinski der ehemaligen polnischen Armee wurde wegen patriotischer Umtriebe zugunsten des ehemaligen Polen zu zehn Tagen Arrest verurteilt.“ Dann aber kam der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, und alles änderte sich mit einem Schlag.

Am 1. September 1941 räumten die

NKWD-Posten das Gefangenenlager Grazovec, und die Polen übernahmen es als neues Militärlager. Ohne Angabe von Gründen erhielten die Offiziere als letzte Amtshandlung der Russen je nach Dienstgrad pro Kopf 2000 bis 10 000 Rubel. Sobald die Männer Bewegungsfreiheit hatten, begannen sie, sich um das Schicksal ihrer vermißten Kameraden zu kümmern. Der letzte, der sie lebend im Wald von Katyn verschwinden gesehen hatte, war ein Professor der Wirtschaftswissenschaft, der als Reserveoffizier eingezogen worden war und durch besondere Umstände dem Tode entrinnen konnte, als die Transporte nach Katyn unterwegs waren. Er schrieb über den letzten entscheidenden Tag:

„Am Schatten der Telegraphenmasten konnten wir erkennen, daß wir nach Nordwesten fuhren, was wir voller Freude konstatierten. Viele glaubten allmählich wirklich, daß es nach Polen ging. Nach einigen Kilometern hielt der Zug. Das Gerücht breitete sich aus, daß wir verladen werden sollten. Nachdem wir eine halbe Stunde gewartet hatten, erschien ein NKWD-Oberst in unserem Waggon, rief meinen Namen auf, erklärte, daß ich von den anderen getrennt werden sollte, und befahl mir, meine Habseligkeiten zusammenzupacken. Dann brachte er mich persönlich in einen leeren Gefangenenwagen, wo ich in einem der Abteile eingesperrt wurde. Vor der Gittertür im Gang stand ein Posten. Bald darauf hörte ich unbestimmbare Geräusche aus dem Nachbarwagen, Motorenlärm und Schreie von Gefangenen. Die Gefangenenwagen sind so konstruiert, daß die Abteile außer einem kleinen Rechteck direkt unter dem Dach keine Fenster haben. Wenn man auf ein Gepäckbrett steigt, kann man aber zu dieser Öffnung hinausschauen. Deshalb tat ich, als ob ich schlafen wolle, und kletterte hinauf.“



Besuch von Schriftstellern

Nicht lange danach kehrte der Posten der Tür meines Abteils den Rücken und schaute zum Fenster hinaus — auf den Gängen gibt es nämlich welche. Nun konnte auch ich hinausschauen. Wir standen außerhalb vom Bahnhof. Vor uns lag ein großer, teilweise grasbewachsener Platz. Links führte eine Straße zu den Gleisen. Am Horizont dehnte sich ein Wald ohne Ende aus. Um den Platz standen NKWD-Posten mit Bajonetten und Gewehren. Der Abstand zwischen ihnen betrug etwa drei Meter. Außerdem war auf dem Platz ein Bus zu sehen, dessen Fenster verschmiert waren. Der Einstieg des Busses befand sich hinten; er stieß zurück und fuhr dicht an den Güterwagen, so daß die Gefangenen direkt umsteigen konnten. Auf beiden Seiten der Bustür waren NKWD-Männer postiert. Zwei hatten das Bajonett aufgepflanzt. Ungefähr dreißig Leute stiegen in den Bus. Dann fuhr er in Richtung auf die Wälder zu ab. Nach einiger Zeit kam er zurück, um die nächste Ladung zu holen.“

Das geschah am 9. April 1940.

Copyright bei Bechtle-Verlag, München. Katyn — aus dem Polnischen von I. K. Zawodny, als WELT-Serie bearbeitet von Eberhard Nitschke. Copyright der Bilder bei „The Polish Library“, London.

## Bericht über ein Jahr Heidelberger Krise

U. B. U. Heidelberg, 9. Februar

Der Rechenschaftsbericht, den der Rektor der Universität Heidelberg, Professor Rolf Rendtorff, über sein erstes Amtsjahr am Dienstag vorgelegt hat, ist überschattet vom Auszug von Professoren und Dozenten in der letzten Woche aus dem Großen Senat.

Die Krise der Selbstverwaltung ist offenkundig, wird vom Rektorat jedoch anders beurteilt als von der Mehrheit der Hochschullehrer. Während diese ihm ein allzu großes Nachgeben gegenüber radikalen studentischen Forderungen vorwerfen — wie der Mitbestimmung bei Berufungen und Prüfungen —, vertritt der Rektor die Ansicht, die Krise habe sich gerade durch den Widerstand von Professoren und Dozenten gegen eine erweiterte Mitbeteiligung der Studenten verschärft.

Gegen den Rektor liegen ein halbes Dutzend Dienstaufsichtsbeschwerden vor, die sich vorwiegend gegen die politischen Erklärungen des Rektorats richten, obwohl sie nicht die Zustimmung im Senat gefunden hatten. Rendtorffs Verhältnis zum Lehrkörper ist vor allem durch seine allzu einseitige Parteinahme für politische Studentengruppen belastet. Es sei, so erklärte der Rektor in seinem Rechenschaftsbericht, jedoch notwendig, „sich in bestimmten Fällen auf die Seite derer zu stellen, die bislang von den Entscheidungsvorgängen ausgeschlossen waren und nun Schwierigkeiten hatten, ihre neuen Rechte durchzusetzen“.

### Graben ist breiter geworden

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, bezeichnet die Politik des Rektors als „Anbiederungsversuche bei linken Studenten“. Sie brachten Rendtorff nichts ein: Die Linke lehnte jede Mitarbeit ab, die Beteiligung der Studenten bei der Wahl ihrer Vertreter für den Großen Senat sank von 18 Prozent (1970) auf 13 Prozent in diesem Jahr. Der Graben zwischen den hochschulpolitischen Gruppen ist nach dem ersten Amtsjahr dieses Rektors breiter als schmaler geworden.

Im ersten Amtsjahr folgte Krise auf Krise, die auch im letzten Teil des Rechenschaftsberichtes aufgeführt sind. Rendtorff behauptet jedoch, daß „Grad und Zahl der offenen spektakulären Auseinandersetzungen keineswegs höher sind als in früheren Rektoraten“. Der Unterschied sei nur, daß jetzt der Rektor stets verantwortlich gemacht werde. Angesichts der Dauerkrise an der Heidelberger Universität nimmt sich die im Rechenschaftsbericht vertretene Meinung des Rektors seltsam aus, daß die Hochschulorganisation „voll funktionsfähig“ sei.

## Ruf für Hans Heinz Holz trotz abgelehnter Habilitation?

# Deutsche Fakultäten werfen sich zum Richter über die Universität Bern auf

Von unserem Redaktionsmitglied BERND NELLESSEN

Hamburg, 9. Februar

Wie sehr eindeutig politisch motivierte Berufungslisten das traditionell sorgsam gepflegte Verhältnis der Universitäten untereinander belasten können, zeigt der Streit um Habilitation und Berufung des 43jährigen marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz. Seinetwegen ist es zu einem entwürdigenden Streit zwischen den Universitäten Marburg, Berlin und Bern gekommen.

Im Sommersemester 1970 beantragte die Philosophische Fakultät Marburg, Hans Heinz Holz mit der Vertretung des Lehrstuhls Politik II zu betrauen. Kultusminister von Friedeburg entsprach diesem Antrag; seitdem nimmt Holz stellvertretend diesen Lehrstuhl wahr. Holz war indessen noch nicht habilitiert. Erste Schwierigkeiten traten auf, als die Philosophisch-Historische Fakultät in Bern die von Holz dort eingereichte Habilitationsschrift ablehnte. Die Gutachter hatten mehrheitlich gegen ihn entschieden, weil sie in ihm einen militanten Marxisten erkannten. Vorträge und Schriften verstärkten den Verdacht, daß seine Wissenschaft verbunden werde mit Ratschlägen für revolutionäre Taktik.

Auch die vorgelegten Arbeiten über Leibniz verrieten einen doktrinären Marxismus, der der politischen Manipulation der Texte näher war als ihrer philosophisch-historischen Begründung. Der international anerkannte, in Bern lehrende Philosophie-Historiker Olof Gigon schrieb in seinem Gutachten: „Ich hätte nicht das geringste gegen einen Marxismus-Leninismus, der zu verstehen gibt, daß er bereit ist, in sokratischer Weise über jede seiner Thesen Rechenschaft abzulegen, und der historisch genügend informiert ist, um zu wissen, welchen geschichtlichen Situationen seine Thesen adäquat sind oder nicht. Was aber nicht angeht, ist ein Vergewaltigen von Texten und historischen Zuständen, um Kronzeugen für die eigene Orthodoxie zu gewinnen.“

„Bei Herrn Holz“, so heißt es weiter, „ist die Philosophie ancilla einer Doktrin, die sich einfach als alleinseligmachend setzt und nur noch Gläubige oder Bösewichter kennt. Diese Art ‚innerweltliche Orthodoxie‘ imponiert heute vielen Leuten. Aber sie hat mit Philosophie nichts zu schaffen. Und darum hat sich Herr Dr. Holz meines Erachtens auch durch die zwei hier vorliegenden Schriften als Philosoph disqualifiziert.“

Das Urteil, das sich, gestützt durch andere Gutachten, die Berner Universi-

tät gegen den Protest politischer Studentengruppen zu eigen machte, entfachte in Marburg einen Entrüstungsturm. Die politisch links fixierte Fakultätsversammlung entsandte in der Gestalt des nicht promovierten Verwalters einer Assistentenstelle aus dem Institut des marxistischen Professors Abendroth einen „Inspizienten“ nach Bern. Nach der angeblich „eingehenden Information durch dieses Fakultätsmitglied“ faßte die Marburger Fakultätsversammlung einen „einstimmigen Beschluß“. In ihm heißt es: „Die Fakultätsversammlung ist der Meinung, daß diese eingeständenermaßen politisch motivierte und offenkundig verleumderische Ablehnung... den wissenschaftlichen Ruf der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Bern — ehemals eine Zufluchtstätte liberaler deutscher Professoren — in Frage stellt.“ Verschwiegen wurde, daß an dem „einstimmigen“ Beschluß der ins-

## „Politische Repression“ vermutet

Doch der peinliche Streit zwischen einer deutschen und schweizerischen Fakultät war damit nicht erledigt. Denn inzwischen hatte auch der linksgewirkte „Fachbereichsrat Philosophie und Sozialwissenschaften“ der Freien Universität Berlin unter Führung des Professors Taubes sein spezifisches Interesse an der Habilitation und Berufung des Marxisten Hans Heinz Holz entdeckt. So wie dieser Fachbereich auf Antrag Taubes' eine Gastprofessur für Angela Davis forderte, so bezichtigte er auch, wiederum auf Antrag des Vorsitzenden Taubes, die Berner Universitätskollegen in einer öffentlichen Erklärung der politischen Manipulation. Er begrüßt es, „daß der Fall Holz Anstoß zum Aufbruch der Studentenschaft in Bern, Basel und Zürich gab, und solidarisiert sich mit ihrer Forderung nach Mitbestimmung in den Universitäts-Gremien.“

Dem politischen Angriff auf die Berner Fakultät gesellte der Berliner Fachbereichsrat die Forderung an den Kul-

gesamt 110 Mitglieder zählenden Fakultätsversammlung nur ein Viertel mitwirkte, unter ihnen statt 70 nur 15 ausgewiesene Hochschullehrer.

So wie sich daraufhin in einer gesonderten Erklärung „die Versammlung Marburger Hochschullehrer“ gegen diese peinliche, unqualifizierte Rüge der eigenen Fakultät gegenüber der Berner Universität wandte, so protestierte die Berner Universität wiederum öffentlich gegen das angemaßte Richteramt der Marburger Fakultätsversammlung. „Die Universität Bern hält fest, daß es im akademischen Leben bislang nicht üblich war, daß auswärtige Universitäts-gremien es als ihre Aufgabe ansehen, sich zum Richter über Entscheidungen anderer Fakultäten zu machen. Sie weist jegliche Einmischung von außen in ihre Angelegenheiten, die sie autonom und unbeeinflusst von Druck und Zwang erledigt, zurück.“

tussenator in Berlin, Stein, hinzu, den Ruf an Holz für die FU Berlin endlich ergehen zu lassen. Ihn aber hat der mangelnder Aufgeschlossenheit wahrlich unverdächtige Berliner Kultussenator bisher wohlweislich verweigert. Doch der Fachbereichsrat der FU sieht darin wiederum einen Beweis politischer Repression. Dem Senator wird vorgeworfen, in Berlin seien dieselben Kräfte am Werke, die in Bern eine Habilitation von Dr. Holz hintertrieben hätten — was, an den Zuständen der in einzelnen Fachbereichen und Instituten längst marxistisch beherrschten FU gemessen, nicht einmal mehr von der Phanlanx der Holz-Befürworter geglaubt werden kann.

Der Fall Holz hat, über die fachliche Beurteilung der Habilitation hinaus, exemplarischen Charakter, zeigt er doch, welcher Mittel sich universitäre Gruppen bedienen, die Wissenschaft nur noch nach der Verfügbarkeit für politische Indoktrination bewerten.

# Berichte aus Schulen und Hochschulen

## Gescheiterten Medizinstudenten auf der Spur

# Das Physikum entscheidet über Studien-Erfolg

Von unserem Redaktionsmitglied HEINZ-JOACHIM MELDER

Hamburg, 9. Februar

Über „Studienabbruch und Studienfachwechsel bei Medizinstudenten“ hat das Institut für Ausbildungsforschung in München eine Untersuchung vorgelegt. Der Verfasser Horst Krähe stützt seinen Forschungsbericht auf die Studienschicksale von 1280 Medizinstudenten, die von 1959/60 bis 1962 in München neu immatrikuliert wurden. Gewechselt wird am häufigsten in das Studium für das Lehramt, die paramedizinischen Berufe nehmen die meisten Studienabbrecher auf. Eine große Gruppe sind die ausgeschiedenen Hausfrauen.

Von dem erfaßten Personenkreis haben 84,6 Prozent ihr Medizinstudium erfolgreich abgeschlossen, 11,3 Prozent haben es abgebrochen. Bewiesen ist durch die Münchner Untersuchung eine Beziehung zwischen Durchfallquote im Physikum und Studienabbruch. Bei einem Drittel der vorzeitig Ausscheidenden ist ein nichtbestandenes Vor-examen Anlaß zum Abbruch. Krähe folgert daraus, „daß ein Student, je nachdem an welcher Fakultät er studiert, sich einer unterschiedlich hohen Abbruchgefahr gegenüber sieht, auf die er keinen Einfluß hat“. Der „Einfluß“ geht von den Prüfungsordnungen aus, das heißt davon, ob strenge Vor- oder Zwischenprüfungen vorgeschrieben sind.

Gegen die umstrittene Praxis des Numerus clausus kann auch von diesem speziellen Forschungsbericht aus der Angriff geführt werden. Abiturnoten, so behauptet Krähe, sind für eine qualitative Auslese nicht zu gebrauchen. Der Durchschnitt der Abiturnoten liegt bei den Ausgeschiedenen um 0,11 niedriger als bei den fertigen Medizinern, so daß der Unterschied sogar rein zufällig sein kann. Auch „Sitzenbleiben“ während der Schulzeit hat keinen prognostischen Wert. Hier liegt der Prozentsatz bei den Medizinern sogar um fünf Prozent höher als bei den Ausgeschiedenen. Wichtige Ergebnisse der Studie sind ferner:

- Die Examinierten schätzen den „Reiz des Studentenlebens“ höher ein und lassen sich bei ihrem Studienentschluß häufiger von der Vorstellung beruflicher Selbständigkeit leiten. Das Motiv, mit einem Studium ein höheres Einkommen zu erzielen, ist bei der Gruppe der „Abbrecher“ und „Wechsler“ verbreiteter.

- Die Ausscheidenden fassen den Entschluß, Medizin zu studieren, zu einem späteren Zeitpunkt und treffen ihre Wahl häufiger emotional sowie auf Grund äußerer Anlässe („Schwierigende Krankheiten bei Menschen meiner Umgebung“). Sie lassen sich dann aber auch durch Erfahrungen, wie sie beispielsweise im Krankenpflegerpraktikum gemacht werden, eher schrecken.

- „Realistische“ Einschätzungen der Arztrolle kennzeichnen die Motivation der Erfolgreichen: berufliche Selbständigkeit und Sicherheit, gesellschaftliches Ansehen.

- Die Studienentscheidung der abbrechenden Studenten ist insgesamt zufälliger. Sie stellen sich der neuen Aufgabe mit zunächst größerer „Anpassungsfähigkeit“ an die Bedingungen der Universität und schätzen die Leistungsanforderungen im Fach Medizin leichter ein.

- 46,3 Prozent der weiblichen und 31,8 Prozent der männlichen „Abbrecher“ schieden nach dem zweiten Semester aus, nach dem fünften waren es 66,2 Prozent.

Als erste Anstöße zum Abbruch wurden von den Befragten Heirat, Angst vor späterer beruflicher Tätigkeit als Arzt, finanzielle Schwierigkeiten und Prüfungsangst angegeben. Als entscheidender Grund für den Abbruch werden nicht bestandene Prüfungen jedoch nur von 10,2 Prozent genannt, Prüfungsangst aber von 16,3 Prozent.

Wo sind die Ausgeschiedenen verblieben? 17,3 Prozent studieren (nach neun bis elf Jahren) noch, 36,7 Prozent üben einen akademischen Beruf aus. Allein 18 Prozent sind in den Lehrberuf gewechselt, der auch von Studenten anderer Fakultäten gern als „Notnagel“ genutzt wird. 45,9 Prozent sind in nichtakademischen Berufen tätig. Hier bilden die paramedizinischen Berufe (Arzneimittelvertreter und andere) mit elf Prozent die größte Gruppe nach den Hausfrauen.

Studienabbrecher stammen häufiger aus Orten unter 100 000 Einwohner und aus Familien von Nichtakademikern. Der Prozentsatz der Abbrecher aus Arbeiter- und Bauernfamilien liegt jedoch weit unter ihrer Repräsentation in der Studentenschaft. Auch die Finanzierung des Studiums scheint Einfluß auf Erfolg und Mißerfolg zu haben. Der Anteil der Werkstudenten liegt bei den Abbrechenden bei 13,3 Prozent gegenüber 2,2 Prozent in der Gruppe der examinierten Mediziner.